

N i e d e r s c h r i f t
über die 48. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz
am 10. Februar 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. Die Errichtung von Floating-Photovoltaikanlagen einfacher und wirtschaftlicher gestalten

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3546](#)

Fortsetzung der Beratung..... 4

Beschluss..... 5

2. Bevölkerungsschutz geht vor Biotopschutz: Deichbaumaßnahmen unbürokratisch ermöglichen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6278](#)

Beginn der Beratung..... 6

Verfahrensfragen..... 6

3. Terminangelegenheiten

Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel 7

Weitere Terminplanung..... 7

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Marie Kollenrott (GRÜNE), Vorsitzende
2. Abg. Nico Bloem (SPD) (Teilnahme per Videokonferenztechnik)
3. Abg. Marcus Bosse (SPD)
4. Abg. Thordies Hanisch (SPD)
5. Abg. Gerd Hujahn (SPD)
6. Abg. Guido Pott (SPD) (Teilnahme per Videokonferenztechnik)
7. Abg. Christoph Willeke (SPD) (Teilnahme per Videokonferenztechnik)
8. Abg. Verena Kämmerling (CDU)
9. Abg. Heike Koehler (CDU)
10. Abg. Axel Miesner (CDU)
11. Abg. Jonas Pohlmann (CDU)
12. Abg. Dr. Frank Schmädeke (CDU)
13. Abg. Britta Kellermann (GRÜNE)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Lange.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Dr. Bäse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:01 Uhr bis 14:24 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss** billigt die Niederschriften über die 46. und die 47. Sitzung.

* * *

Tagesordnungspunkt 1:

Die Errichtung von Floating-Photovoltaikanlagen einfacher und wirtschaftlicher gestalten

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3546](#)

direkt überwiesen am 21.02.2024

federführend: AfUEuK;

Stellungnahme gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT: AfWVBuD

zuletzt behandelt: 45. Sitzung am 02.12.2024 (Einbringung eines Änderungsvorschlags der CDU-Fraktion, Bitte um darauf bezogene Ergänzung der schriftlichen Unterrichtung und der Stellungnahme des AfWVBuD)

Fortsetzung der Beratung

Beratungsgrundlagen: Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU (Vorlage 6)

ergänzende schriftliche Unterrichtung durch das MU (Vorlage 7)

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU) bedauert, dass sich das MU in seiner ergänzenden schriftlichen Unterrichtung (**Vorlage 7**) negativ zu dem Änderungsvorschlag geäußert habe. Gleichwohl halte ihre Fraktion am Antrag in seiner geänderten Fassung fest. Die vom MU vorgebrachten Bedenken zu den möglichen gewässerökologischen Auswirkungen von großflächigen Floating-PV-Anlagen seien aus der Sicht ihrer Fraktion nicht stichhaltig, weil den für diese Anlagen vorgesehenen künstlichen Gewässern - Baggerseen - keine Biotop- oder Naherholungsfunktionen zukämen. Von daher sollte es den Inhabern bzw. Bewirtschaftern solcher Gewässer möglichst einfach gemacht werden, Floating-PV-Anlagen zu errichten, damit die Potenziale zur Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energien in Niedersachsen möglichst umfassend genutzt werden könnten.

Abg. **Britta Kellermann** (GRÜNE) erläutert, ihre Fraktion stehe dem Antrag nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Gleichwohl sei der Zeitpunkt noch nicht erreicht, Gewässer im intendierten Maße für Floating-PV-Anlagen zu nutzen, da zur Bewertung der gewässerökologischen Folgen dieser Nutzung noch wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse fehlten. Hierzu stünden, wie das MU in der 33. Sitzung am 27. Mai 2024 erläutert habe, die Ergebnisse der beiden in der ersten Unterrichtung angeführten Studien des Bundesamtes für Naturschutz und des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme aus. Die hierfür erforderlichen Forschungen müssten noch einige Jahre weitergeführt werden, um auch Klarheit über langfristige Auswirkungen zu gewinnen. Diese Ergebnisse sollten vor diesbezüglichen Rechtsänderungen und Handlungen abgewartet werden.

Vor diesem Hintergrund lehne die Fraktion der Grünen den Antrag - auch in seiner geänderten Fassung - ab, zumal auch schon der aktuelle rechtliche Rahmen die Errichtung von Floating-PV-Anlagen zulasse.

Abg. **Gerd Hujahn** (SPD) schließt sich seiner Vorrednerin an und unterstreicht, diese Argumentation werde auch von Herrn Dr. Leßmann von der Fakultät Umwelt und Naturwissenschaften - Fachgebiet Gewässerökologie - der Brandenburgischen Technischen Universität (Vorlage 4) geteilt. Der Experte weise auch darauf hin, dass die ökologische Wertigkeit von Baggerseen nach dem Ende des Abbaus erfahrungsgemäß schnell zunehmen könne. Bereits jetzt seien Bau und Betrieb von Floating-PV-Anlagen unter Einhaltung von Restriktionen zu Größe und Uferabstand möglich. Die SPD-Fraktion lehne die Forderung also ab, eine Bundesratsinitiative zur Verminderung dieser Restriktionen zu ergreifen, weil sie sie für voreilig halte.

Abschließend sei darauf hinzuweisen, dass weiteres politisches Handeln bereits über die EntschlieÙung in Drucksache 19/4070 („Wasser in Zeiten des Klimawandels - ein nachhaltiges und integriertes Wassermanagement für Niedersachsen weiterentwickeln“) in die Wege geleitet sei, denn unter Nr. 18 behandle auch diese EntschlieÙung Floating-PV-Anlagen.

Beschluss

Der **Ausschuss** kommt überein, über eine Beschlussempfehlung abzustimmen. Die antragstellende CDU-Fraktion stellt den Antrag in der Fassung ihres Änderungsvorschlags in Vorlage 6 zur Abstimmung. Für den Fall einer der Beschlussempfehlung inhaltlich entgegenstehenden ergänzenden Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT kommt der Ausschuss überein, den Antrag erneut zu beraten.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -

abwesend: AfD

Tagesordnungspunkt 2:

Bevölkerungsschutz geht vor Biotopschutz: Deichbaumaßnahmen unbürokratisch ermöglichen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6278](#)

direkt überwiesen am 23.01.2025

AfUEuK

Beginn der Beratung

Abg. **Dr. Frank Schmädeke** (CDU) berichtet, bei einem Ortstermin am 3. Juni 2024 zum Thema Deichbau im Stader Land sei besonders deutlich geworden, dass das Fehlen von Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Praxis dazu führe, dass wichtige Maßnahmen im Hochwasser- und Küstenschutz nur mit sehr großen zeitlichen Verzögerungen durchgeführt werden könnten. Von daher sei zusammen mit den betroffenen Akteuren der vorliegende Antrag erarbeitet worden.

Anschließend stellt der Vertreter der CDU-Fraktion die Eckpunkte des Antrags im Sinne des Entschließungs- und Begründungstextes vor. Er betont, dass ohne sichere Deiche nicht nur die Kulturlandschaft und die Bevölkerung in Gefahr seien, sondern auch die Naturlandschaft. Deshalb werde gefordert, bei Deichsanierungen und -bauten völlig auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu verzichten und Plangenehmigungsverfahren auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren.

Abg. **Thordies Hanisch** (SPD) bestätigt, dass Deichbaumaßnahmen viel Zeit in Anspruch nähmen und organisatorisch schwierig seien. Alle Regelungen, die sich in der Praxis als Hemmnisse herausstellten und auf die in den Genehmigungsverfahren letztlich verzichtet werden könnten, sollten aufgehoben werden. Dafür sei zu klären, welche rechtlichen Schranken es dafür auf welcher Ebene gebe - auch im Lichte der bereits durch die Landesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Erleichterung des Deichbaus.

Verfahrensfragen

Abg. **Dr. Frank Schmädeke** (CDU) schlägt vor, der Ausschuss solle sich vor der weiteren Beratung durch die Landesregierung zu dem Antrag unterrichten lassen. - Abg. **Thordies Hanisch** (SPD) stimmt dem Vorschlag zu. Sie plädiert in Anbetracht der auch im Antrag genannten umfassenden rechtlichen Bezüge für eine schriftliche Unterrichtung. - Abg. **Dr. Frank Schmädeke** (CDU) pflichtet dem bei und sagt, im Anschluss an die Auswertung der Unterrichtung sollte geprüft werden, ob eine Anhörung zielführend sei. - Der **Ausschuss** billigt diese Vorschläge einstimmig.

Tagesordnungspunkt 3:

Terminangelegenheiten

Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel

Vors. Abg. **Marie Kollenrott** (GRÜNE) teilt mit, dass auf Vorschlag der Fraktion der SPD versucht werde, auch einen Termin für ein Gespräch mit Herrn MdEP Thiemo Wölken zu finden bzw. ihn zu einem bestehenden Termin zusätzlich einzuladen. - Der **Ausschuss** billigt ansonsten den Programmwurf, der von der Landtagsverwaltung per E-Mail am 5. Februar 2025 versandt worden war.

Abg. **Thordies Hanisch** (SPD) bittet darum, zukünftig bei Gesprächen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments wegen einer dabei möglicherweise zum Tragen kommenden parteipolitischen Ausrichtung darauf hinzuweisen, ob es sich um politische Hintergrundgespräche, Fachgespräche oder um Gespräche mit EP-Berichterstattem oder EP-Funktionsträgern handele. - Vors. Abg. **Marie Kollenrott** (GRÜNE) sagt dies zu und weist darauf hin, dass der nächste Besuch in Brüssel nach denselben Vorgaben und Prinzipien geplant worden sei wie der letzte im Februar 2024.

Weitere Terminfragen

Vors. Abg. **Marie Kollenrott** (GRÜNE) bittet die Fraktionen, im Laufe der Woche zu prüfen, ob für Freitag, den 19. September 2025, eine Sitzung des Ausschusses für die Einbringung des Entwurfs des Einzelplans 15 durch den Minister vorgesehen werden könne. Dieser Termin erscheine zielführend, damit sich der Umweltausschuss rechtzeitig vor der für den 29. Oktober 2025 geplanten Einbringung in den federführenden Haushaltsausschuss mit dem Entwurf auseinandersetzen könne.
